

SCHULE FÜR ALLE



SCHLUSS MIT DER
SOZIALEN SPALTUNG,
SCHLUSS MIT DER
ZWEI-KLASSEN-BILDUNG!

TKies
ist ~~doof~~
mies!!



Geld ist genug da:
Der neue Hamburger Haushalt



Seite 6

Richtig entschieden:
1 Jahr nach NOlympia



Seite 5

Das kann ja heiter werden:
G20-Gipfel in Hamburg



Seite 5

SCHULFRIEDEN JETZT BRECHEN!

Auf keinem anderen Gebiet zeigt sich die soziale Spaltung unserer Stadt so deutlich wie im Schulsystem: Während die Kinder der Bessergestellten in den Gymnasien unter sich sind, müssen die Stadtteilschulen soziale Probleme, Inklusion, Flüchtlingsintegration quasi allein stemmen. Warum es nicht mehr so weitergehen kann



Liebe Freundinnen und Freunde der Linksfraktion,

dass unsere Gesellschaft unge-recht ist – wer mag das ernst-haft bestreiten? Während es den Reichen in der Regel relativ leicht gemacht wird, müssen Arme so viele Kämpfe kämpfen: um Jobs, Wohnun-gen, Bildung, Gesundheit, gesellschaftli-chen Aufstieg, Besonders schwer haben es ausgerechnet die Jüngsten. Denn Hamburgs Schulen sind auch noch im Jahr 2016 wie Museen der Klassen-gesellschaft.

Daran haben auch die Schulförmchen der Vergangenheit nichts geändert. Zwar sind immer mal wieder Schritte in die richtige Richtung unternommen worden. Doch die Zweiteilung in Gymnasien für Privilegierte und in Stadtteil-schulen für alle anderen besteht fort. Und hat verheerende Folgen für unsere Gesellschaft. Arme Kinder in Deutsch-land haben es laut OECD in der Bildung deutlich schwerer als in den meisten anderen Ländern Europas. Die zweige-teilte Schule wirkt wie eine unsichtbare Mauer zwischen Arm und Reich. Sie ist Sinnbild für die soziale Spaltung und für die Rückständigkeit in unserem Land.

Dass die Diskussion über die Zukunft unserer Schulen nicht jeden Tag geführt wird, verdanken wir CDU, SPD, FDP und Grünen. Während CDU und FDP aus Überzeugung an der schulischen Klas-sengesellschaft festhalten, tun SPD und Grüne dies aus Angst vor der Lobby der Bessergestellten. Das ist mehr als Mut-losigkeit, es ist eine politische Bankrott-Erklärung.

DIE LINKE wird weiter streiten für das, was in zahlreichen europäischen Län-dern ja längst selbstverständlich ist: **Eine Schule für alle.** Damit alle auch wirklich die gleichen Chancen haben.

Herzlich, Sabine Boedinghaus und Cansu Özdemir

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Das Papier war gut vier Seiten lang, beschlos-sen wurde es mit riesi-ger Mehrheit (51 Ja, 1 Nein-Stimme) – und im politischen Hamburg schlug es ein wie eine Bombe. Von einem “Alarmbrief” berichtete anschlie-ßend das “Hamburger Abend-blatt”, von einem “Hilferuf” der NDR, die “Welt” schrieb von einem “Brandbrief” und die Mopo rief gleich den “Schul-Krieg” aus.

Was war geschehen? Schulleiterinnen und Schulleiter fast aller Hamburger Stadtteilschulen hatten einen Text ver-fasst, der mit der Hamburger Schul-politik schonungslos ins Gericht ging. Mit deutlichen Worten prangerte er die Probleme des zweigeteilten Schulsys-tems an: “Einem immer kleiner werden- den Teil der Schülerinnen und Schüler werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet”, hieß es da. “Diejenigen, die sich selbst schon sehr anstrengen müssen, um ihre Bildungs-nachteile aufholen zu können” müssten dafür sorgen, dass “auch Schü-lerinnen und

Schüler mit son-derpädagogischem Förderbedarf und auch der allergröß- te Teil der neu nach Hamburg zugewan- derten Schülerin- nen und Schüler integriert” werde. Sie müssten “mit ihren Eltern und Lehrern für den Zusammenhalt in unserem Tor zur Welt, unserer Stadt Hamburg sor- gen” – und seien damit überfordert. Dies sei das “Ergebnis der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren” (siehe rechte Seite). Kurz: Das Schulsystem, so wie wir es in Hamburg praktizieren, ist gescheitert.

Auf einem Mal war mit Macht zu- rück, was in der Hamburger Politik seit Jahren totzuschweigen versucht wird: die Schuldebatte. Zwar ist das, was in dem Brief steht, keine Neuigkeit. Wer an Stadtteilschulen Kinder hat, wer dort lernt oder lehrt, weiß: Die Situa- tion wird immer schwieriger. Die Anmelde- zahlen gehen stark zurück, auf zuletzt 42 Prozent eines Jahrgangs. Immer

mehr Kinder werden aufs Gym- nasium geschickt, dort dann aber später wieder „abgeschult“, um anschließend mit dem Stigma des Scheiterns an den Stadt- teilschulen zu landen. Zahlen,



GYMNASIUM

HAUPTGEWINN
9534267

die der Senat jüngst veröffentlichte, zei- gen, dass das Leistungsniveau an Stadt- teilschulen hinter dem der Gymnasien zurückbleibt. Kein Wunder angesichts

der krass sozial ausgelesenen Schüler- schaften. Obwohl die Stadtteilschulen 30 Prozent der jungen Menschen zum Abitur führen, die in Klasse 5 ohne eine Gymnasial-Empfehlung gestartet sind, und die Lehrer_innen mit hohem Engagement arbeiten, befinden sich die Stadtteilschulen im Ansehen der Eltern mitten in einer Abwärtsspirale.

Doch der Senat, CDU, SPD, FDP und Grüne ignorieren die Probleme. Seit vor sechs Jahren eine Volksabstimmung die schwarz-grüne Schulreform zu Fall brachte und das Zwei-Säulen-Modell eingeführt wurde, fühlt sich die etablier- te Politik dem so genannten “Schulfrie- den” verpflichtet: Zehn Jahre lang soll das Schulsystem unangetastet bleiben, um Eltern und Kindern weiteres Durch- einander durch immer neue Reformen zu ersparen. Damit können sich die Stadtteilschulen nun nicht länger abfin- den. Einen „Schulfrieden“, der das un- taugliche und gescheiterte System auf dem Rücken der Kinder fortführt (an dem sich DIE LINKE übrigens nie be- teiligen wollte), lehnen sie ab.

Denn der Plan, dass Gymnasium und Stadtteilschule gleichwertige Sä- len seien, die sich lediglich in der um

ein Jahr unterschiedlichen Schuldauer (Gymnasium: 8 Jahre, Stadtteilschule: 9 Jahre) unterscheiden, ging von An- fang an nicht auf. Besonders deutlich macht das ein Blick auf die Inklusion. Von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf besucht lediglich ein Bruchteil das Gymnasium – die Stadt- teilschulen leisten die inklusive Arbeit nahezu allein. Gleiches gilt für die In- tegration von Flüchtlingskindern. Von ihnen gehen fünf mal so viele auf die Stadtteilschule wie aufs Gymnasium. Das Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasi- um und Stadtteilschule hilft nicht dabei, vielfältige Kinder optimal zu fördern. Es spaltet die Gesellschaft in Privile- gierte – und den Rest.

Dem steht die Idee einer „Schule für alle“ entgegen, wie sie auch die Stadt- teilschulen fordern. Das ist keine “Ideo- logie”, wie die Konservativen gerne behaupten, sondern Realität in den meisten europäischen Ländern. DIE LINKE wird sich für diese Vision in Zukunft noch stärker engagieren – so lange, bis die Zwei-Klassen-Schule so vergangen ist wie die Zwei-Klassen-S- Bahn. **Erinnert sich noch jemand? Ist noch gar nicht so lange her.**

DER BRANDBRIEF

Eine Schule für alle! Das Positionspapier der 51 Stadtteilschul- Leitungen hat die Politik in Hamburg gehörig aufgemischt. Wir dokumentieren Auszüge:



“Das Ergebnis der Anmeldeunde für die neuen fünften Klassen bestätigt den Trend der sozialen Segregation der Stadt. In diesem Jahr haben sich nur noch 42% aller Hamburger Schü- lerinnen und Schüler an der Stadt- teilschule angemeldet. (...) Setzt sich dieser seit Jahren andauernde Trend fort, werden im Jahr 2020 etwa 70% der Hamburger Schülerinnen und Schüler das Gymnasium besu- chen. Damit wäre das Zwei-Säulen- Modell gescheitert: Weder das Gymnasium noch die Stadtteilschule könnten ihren Bildungsauftrag erfüllen. (...) Die soziale Ausgrenzung in Hamburg muss ein Ende haben: Die Hamburger Politik muss dafür sorgen, dass (...) sozial Schwache und auch die Zuwanderer in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt werden und nicht an Ränder abgeschoben werden. Heute blicken wir auf die Ergebnisse der Hamburger Bildungspolitik aus den letzten neun Jahren: Ei- nem immer kleiner werdenden Teil der Hamburger Schülerinnen und Schüler (...) werden die größten Herausforderungen unserer Zeit aufgebürdet. (...) Wir Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen sind über- zeugt, dass die Herausforderungen in unserer Stadt, eine moderne, vielfältige Gesellschaft zu leben, die sozial, demokratisch, gerecht und chancenreich ist, mit der **einen Schule für alle Schülerinnen und Schüler** bewältigt werden kann. (...) Mit dem Schulfrieden wurde in Hamburg ein politisches Stillhalte- abkommen geschlossen – dabei wurden die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt aus dem Blick verloren. (...) Wir wollen eine lebhaftige Debatte über Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt führen.”

LEIDER VERLOREN
0876342



STADTTEILSCHULE

KIDS IN GEFAHR



Seit 23 Jahren kümmert sich das **KIDS e.V.** um **gestrandete Jungen und Mädchen. Nun hat ein Immobilien-Unternehmen ihm den Mietvertrag gekündigt. Tausende fordern jetzt: Das KIDS muss am Hauptbahnhof bleiben!**

Mehrere hundert Straßenkinder leben rund um den Hauptbahnhof in Hamburg. Etwa 50 davon kommen jeden Tag ins KIDS. Das ist die Abkürzung für “Kinder in der Szene” – wobei Szene nicht gleichzusetzen ist mit Drogenszene. Zwar gibt es nach wie vor auch Abhängige unter den Straßenkids, doch deren Anteil ist stark zurück- gegangen. Aber auch ohne Drogenproblem haben die Teenies vom Hauptbahnhof schwere Lasten zu tragen. Manche wurden von ihren Familien verstoßen, manche haben psychische Probleme und eine lange Therapiekarriere hinter sich, kennen Pflegefamilien, Jugendwohnungen, Heime. Im KIDS können sie zumindest ab und zu durchatmen, eine warme Mahlzeit zu sich nehmen, duschen, sich aufwärmen – noch. Denn dem Trägerverein flatterte schon im vergangenen Jahr die Kündigung ins Haus, das in früheren Zeiten übrigens in städtischem Besitz war, bevor es privatisiert wurde. Nun sucht das KIDS nach einer neuen Unterkunft und braucht dafür die Unterstützung der Politik. Mehr als 6.000 Unterschriften kamen schon zusammen, um das KIDS gegenüber dem Hamburger Senat zu unterstützen. Bislang ist nur eine behelfsmäßige Unterkunft in Containern dabei herausgekommen. Wir meinen: Hamburg muss für alle da sein – auch für die Straßenkinder vom Hauptbahnhof!



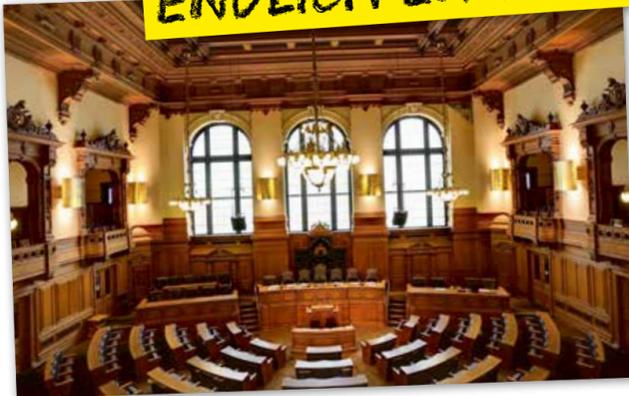
„ POLITIK VON UNTEN FÜR DIE JUGEND

Die Jugendpolitik des Hamburger Senats ist kein Ruhmesblatt – das müssen sogar diejenigen zugeben, die Rot/Grün eigentlich nahestehen. Dass es dennoch Fortschritte gibt, ist der Opposition im Rathaus und engagierten Eltern zu verdanken. Zwei Beispiele:

Nach langen Verhandlungen haben sich SPD, GRÜNE und FDP mit der LINKEN auf die Einrichtung einer Enquete-Kommission geeinigt. Fachleute und Abgeordnete werden in den kommenden zwei Jahren die skandalgeschüttelte Hamburger Jugendhilfe gründlich durchleuchten. Eine jahrelange Forderung der LINKEN geht damit in Erfüllung

Die Misere der Jugendpolitik in Hamburg trägt viele Namen. Die bekanntesten lauten Yagmur, Tayler, Chantal, Jessica... Sie stehen für schreckliche Tragödien, für Misshandlungen und Todesfälle, die sich in den letzten Jahren unter der Aufsicht Hamburger Behörden ereignet haben. Und sie sind nicht die einzigen Skandale der Jugendhilfe. Andere drehen sich um die Software-Ausstattung, um hohe Fluktuation und Krankenstand in den Ämtern und vor allem um die Unterbringung

ENDLICH ENQUETE



von Hamburger Kindern in Heimen außerhalb der Stadt, wo sie so unangemessen behandelt wurden, dass mehrere Einrichtungen geschlossen werden mussten ("Haasenburg", "Friesenhof").

Angesichts dieser Zustände hatte DIE LINKE schon frühzeitig vorgeschlagen, die gesamte Jugendhilfe von einer Enquete-Kommission untersuchen zu lassen. Anders als ein Untersuchungsausschuss, der sich immer nur mit einem Einzelfall befasst, analysiert eine Enquete-Kommission allumfassend Strukturen und Abläufe in den verschiedenen Behörden. Abgeordnete aller Fraktionen und Sachverständige erarbeiten gemeinsame Beschlussempfehlungen: zum Beispiel, wie die Arbeit in den Ämtern einfacher und übersichtlicher gemacht werden kann und die Kontroll- und Dokumentationspflichten reduziert werden können. Außer CDU und AfD haben sich nun alle Fraktionen dem Vorschlag der LINKEN, eine Enquete-Kommission einzurichten, angeschlossen. Themenfelder wie die Armutsentwicklung oder die Ökonomisierung der sozialen Arbeit hätten wir gerne ebenfalls von der Kommission untersuchen lassen – damit konnten wir uns gegen die Mehrheitsverhältnisse im Rathaus allerdings nicht durchsetzen. Dennoch ist die Einrichtung der Kommission eine gute Nachricht für alle Eltern, Kinder und Jugendlichen in Hamburg, die Hilfe brauchen.

Mehr als 15.000 Hamburgerinnen und Hamburger unterschrieben bis Oktober letzten Jahres eine Volksinitiative zur Verbesserung der Ganztagsbetreuung an Hamburgs Schulen. Um einen drohenden Volksentscheid abzuwenden, lenkte der Senat ein und legte ein Programm zur Verbesserung des schulischen Ganztags ein. Manja Scheibner (im Foto rechts) ist eine der Initiatorinnen und war Vertrauensperson

Backbord: Jahrelang hat die Initiative "Guter Ganztag" für eine bessere Nachmittagsbetreuung an Hamburgs Schulen gekämpft, hat Unterschriften gesammelt, mit dem Senat verhandelt und am Ende einen viel beachteten Kompromiss erzielt. Wie gut wird denn jetzt der Ganztag?

Scheibner: Auf jeden Fall besser als jetzt! Unsere Vereinbarung mit dem Senat ist eine gute Grundlage, mit den zusätzlichen Mitteln lässt sich richtig was bewegen.

Backbord: 25 Millionen Euro Sonderfonds, mehr Personal für die Schulen. Das hört sich wirklich gut an!

Scheibner: Auf jeden Fall – aber Geld ist nicht alles. Es ging uns von Anfang an um Qualität, nicht um Quantität! Das Wichtigste ist für uns deshalb, dass das Thema insgesamt in Bewegung gekommen ist. Mit ein paar neuen Sitzsäcken ist es eben nicht getan.

Backbord: Wie kam es überhaupt zu der Idee, eine Volksinitiative zu starten?

Scheibner: Das kam eigentlich erst, nachdem sich viele andere Möglichkeiten als erfolglos entpuppt hatten. Wir hatten Gespräche, Demonstrationen, runde Tische – hat alles nichts gebracht. Dann blieb die direkte Demokratie als einziger Weg, der uns noch zur Verfügung stand. Wir hatten breite Unterstützung, nicht nur von der LINKEN, auch von der GEW, der CDU und vielen anderen.

Backbord: Wie geht es jetzt mit der Umsetzung weiter?

Scheibner: Unsere Initiative ist regelmäßig in Kontakt mit der Behörde, auch die Elternkammer und der Landeselternausschuss sind eingebunden. Erst kürzlich haben wir uns mit Senator Rabe getroffen. Aber uns ist klar, dass wir dranbleiben müssen.

Backbord: Wann werden die Ergebnisse des Kompromisses in den Schulen sichtbar werden?

Scheibner: Das kommt jetzt auf die einzelnen Akteure an. Jede Schule ist da anders und alle Beteiligten sind verantwortlich, die Dinge gemeinsam zu verbessern. Wir wünschen uns, dass die neuen Möglichkeiten als Chance gesehen werden, den Ganztag an Schulen kindgerecht zu gestalten.

Backbord: Was wäre geschehen, wenn die Verhandlungen gescheitert wären?

Scheibner: Dann würden jetzt ganz viel Menschen auf der Straße stehen und Unterschriften sammeln für die nächste Stufe des Volksbegehrens.

**MOIN MOIN,
GUTER GANZTAG!**



Beim Volksentscheid im November des vergangenen Jahres lehnte die Mehrheit mögliche Olympische Spiele in Hamburg ab. Was war uns alles versprochen worden: Weniger Korruption, mehr Reformen, mehr Sauberkeit im Sport. Ein Blick auf die Spiele von Rio zeigt:

DIESE ENTSCHEIDUNG WAR GOLD WERT FÜR HAMBURG

Jetzt hat es auch Rom gereicht. Lange galt Italiens Hauptstadt als aussichtsreiche Bewerberin um die Austragung der Olympischen Spiele im Jahr 2024. Was kaum jemand wusste: In der Bevölkerung Roms war die Bewerbung alles andere als beliebt. Noch heute zahle die Stadt für Kosten, die bei den letzten Spielen in der Stadt 1960 (!) entstanden waren, kritisierte Italiens immer stärker werdende NOlympia-Bewegung. Nun hat Roms Bürgermeisterin die Reißleine gezogen und die Olympia-Bewerbung auch offiziell beendet. Da waren es nur noch drei.

Jetzt muss das Internationale Olympische Komitee zwischen Los Angeles, Paris und Budapest entscheiden. Hamburg ist seit dem Nein beim Volksentscheid am 29. November 2015 raus. Wie weise die Entscheidung war, zeigen die jüngsten Spiele von Rio. Wer den Versprechungen geglaubt hatte, die IOC-Funktionäre hätten "ernst gemeinte Reformen" (SPD-Senator Michael Neumann) angeschoben, wurde in Brasilien eines Besseren belehrt. Ungebremste Geschäftemacherei, ein bestenfalls halberziges Vorgehen gegen Doping, brutaler Umgang mit Kritik, leere Stadien, teure Tickets, Umweltsünden, Verdrängung... Olympia stehe kurz davor, sich selbst zu zerstören, kommentierte ZDF-Chefredakteur Peter Frey in seinem Restimee von Rio 2016: "Betrug an Sportkollegen



und Betrug an den Fans und Zuschauern – das macht die Idee kaputt."

Vor Ort in Rio waren übrigens Hamburgs Sportstaatsrat Christoph Holstein und Innensenator Andy Grote (Reisepreis: 50.000 Euro, auf Steuerzahlerkosten). Während die beiden sich auf Tribünen und Empfängen vergnügten, ist Hamburgs Olympiacheef Nikolaus Hill noch mit der Abwicklung der Hamburger Bewerbung beschäftigt. 12,6 Millionen Euro kostete der Spaß, von denen die Stadt Hamburg übrigens 80 Prozent bezahlen muss: Die Wirtschaft übernahm lediglich 2,4 Millionen Euro, der Bund gar nichts. "Nicht auszudenken, was wäre, wenn wir Olympia wirklich bekommen hätten und dann ein Milliarden-Minus entstanden wäre", sagt Mehmet Yildiz, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. "Auch das hätte unsere Stadt zum großen Teil allein bezahlen müssen." Übrigens: In Nordrhein-Westfalen träumen die Eliten bereits von Spielen im Rheinland 2028. "Eine tolle Vision", schwärmt Kölns SPD-Fraktionschef

Martin Börschel (SPD). Es gehe um "Spiele ohne Gigantomanie". Das Volk soll befragt werden, Umfragen sehen zwei Drittel Zustimmung. Das kommt uns doch irgendwie alles sehr bekannt vor.

GEFAHREN GEBIET

G20

Das Treffen der Staatschef_innen der 20 größten Wirtschaftsnationen der Welt wird Hamburg im kommenden Juli in eine Art Ausnahmezustand versetzen. Selbst die Polizei bezweifelt, ob eine Millionenstadt der richtige Ort für solch ein Treffen ist

Ferien sind für Hamburgs Polizei Anfang nächsten Juli erst einmal nicht drin. Die Behörde hat eine Urlaubssperre verhängt, weil zu der Zeit alle Kräfte gebraucht werden. Denn dann versammelt sich in Hamburg eine der fragwürdigsten Gesprächsrunden der Weltpolitik, die G-20-Gruppe, zu einem Gipfeltreffen – in den Messehallen, ausgerechnet in direkter Nachbarschaft zu den linken Szenevierteln Karo- und Schanzenviertel.

An die 10.000 Polizist_innen, darunter Spezialeinheiten von GSG9

und SEKs, werden unsere Stadt in eine Festung verwandeln. Dazu kommen voraussichtlich 6.500 Delegierte aus den teilnehmenden Ländern, außerdem Tausende Journalist_innen und ausländisches Sicherheitspersonal, das die Delegationen selbst mitbringen. Sowohl der Präsidentenwache des türkischen Präsidenten als auch den Security-Leuten des Weißen Hauses eilt ein denkbar schlechter Ruf voraus.

Was Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geritten hat, G-20 ausgerechnet in

Hamburgs Innenstadt zu holen, bleibt ein ungelöstes Rätsel. "Hamburg ist für solche Gipfel gar nicht geeignet: zu groß, zu belebt, zu dicht besiedelt, und schwer zu sichern", schreibt die "Welt". Nachdem der G7-Gipfel in Genua 2001 gezeigt hatte, wie eine ähnliche Veranstaltung mitten in einer Großstadt eskalieren kann (es gab hunderte Verletzte, einen Toten), trafen sich die Mächtigen der Welt in den letzten Jahren lieber an abgelegenen Orten, zum Beispiel in Heiligendamm an der Ostsee oder im bayerischen Bergstädtchen Elmau.

Nun also Hamburg. Schon bei der Nachbarschaftsversammlung im Viertel zeigte sich, dass das versprochene Einbinden der Bevölkerung in die Gipfel-Vorbereitungen nichts wert ist. Das Sicherheitskonzept, das dort vorgestellt wurde, gelte nur dann, wenn massive Störungen ausblieben und könnte ohnehin jederzeit geändert werden, machten die Behörden klar. Die Fraktion DIE LINKE lehnt den G20-Gipfel in Hamburg ab. Sie wird sich gegen seine Durchführung stemmen und sich an den Protesten beteiligen.

GELD IST GENUG DA

Nie hatte Hamburg so viel Geld wie zurzeit. In den kommenden Jahren wird unsere Stadt deutlich mehr einnehmen als ausgeben. Eigentlich eine gute Gelegenheit, haushaltspolitische Verfehlungen der Vergangenheit aufzuarbeiten. Doch Rot-Grün will weiter sparen

Etwa 4.200 Seiten dick ist der Haushaltsplanentwurf, den Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) kürzlich allen Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft schicken ließ. Eine erste Lektüre zeigt: Dieser Papierstapel hat es nicht nur vom Umfang her in sich. Erstmals soll die Stadt kräftige Gewinne einfahren: 2017 rund 40 Millionen Euro, 2018 sogar 156 Millionen Euro.

Eine gute Nachricht? Vordergründig scheinungen in Kernbereichen der Verwaltung zu tun“, meint er. Schon unter den CDU-geführten Senaten wurde bereits kräftig gespart, ebenso unter der SPD-Alleinregierung. Nun setzt Rot/Grün die Kürzungspolitik fort – trotz günstiger Rahmenbedingungen. Den aktuellen Haushaltsentwurf hält Hackbusch „für eine Kampfansage an die Beschäftigten und die Gewerkschaften“.

Zur Begründung verweist er unter anderem auf einen weiteren Spar-Trick des Senators: Der gibt auch für die Zukunft die seit Jahren geltende Regel aus, nach der die Ausgaben in nahezu allen öffentlichen Bereichen nur um etwa 1 Prozent pro Jahr erhöht werden dürfen. Da die Preise und die Personalkosten jedes Jahr aber um etwa 2-3 Prozent steigen,

bedeutet diese Politik eine faktische Kürzung – von der nahezu jede städtische Einrichtung in Hamburg betroffen ist. „In allen Bereichen der Gesellschaft gehört es zum solidarischen Grundprinzip, Tarifierhöhungen zu bezahlen und den arbeitenden Menschen zumindest die steigenden Lebenshaltungskosten auszugleichen“, meint Hackbusch. „Der Hamburger Senat stellt sich hin und sagt: Die Menschen, die für das Soziale und Kulturelle arbeiten, sind entweder zu gut bezahlt oder sie arbeiten zu wenig. Und dabei wissen alle, dass gerade in diesen Bereichen nicht gut verdient wird und dass gerade diese Bereiche personalintensiv sind und sein müssen.“

Viele Einrichtungen haben die Dauer Kürzungen der letzten Jahre bereits nicht

überlebt: Beratungsstellen, Jugendtreffpunkte, Bühnen, Freizeitangebote mussten schließen. Nun, da die finanzielle Situation der Stadt günstig ist, hätte der Senat die Möglichkeit, gegenzusteuern und die gebeutelten sozialen Einrichtungen wieder atmen zu lassen. Doch Rot/Grün entschied anders: Die Sparverpflichtungen werden trotz der erwarteten städtischen Gewinne auf unbestimmte Zeit fortgesetzt. „Alle Bereiche haben, was sie brauchen“, kommentiert das Finanzsenator Tschentscher – was angesichts der anhaltenden massiven Prob-



BEISPIEL SOZIALE SPALTUNG: Obdachlose und Flüchtlinge werden in überfüllten und unwürdigen Behausungen untergebracht

Dieser Wert, die „Armutgefährdungsquote“, ist in Hamburg im vergangenen Jahr erneut angestiegen, auf 19 Prozent – so hoch wie seit vielen Jahren nicht. Die Stadt müsste dieser Entwicklung dringend entgegensteuern. Doch für seine haushaltspolitischen Erfolgsmeldungen lassen Bürgermeister und Finanzsenator die sozial Benachteiligten buchstäblich im Stich. „Der Senat ignoriert die soziale Situation“, meint Hackbusch.



BEISPIEL BEHÖRDEN: Unterbesetzte Ämter sind nicht nur wegen der Wartezeiten ärgerlich. Im Bereich der Jugendhilfe etwa ist zu wenig Personal ein echte Gefahr

leme in vielen Einrichtungen fast schon zynisch klingt.

Wie zynisch, zeigt eine Zahl, die das Statistische Bundesamt alljährlich erhebt. An ihr kann man ablesen, wie es um das soziale Gefüge in unserer Stadt bestellt ist. Es ist die Zahl derjenigen, die so wenig zum Leben haben, dass sie als „armutsgefährdet“ gelten.

bestmöglich erfüllen.“ Sollte das Geld dafür nicht reichen, müssten die Einnahmen erhöht werden – zum Beispiel durch eine Anhebung der Grunderwerbssteuer, wie sie DIE LINKE schon lange fordert.

Doch auch ohne Mehreinnahmen zieht die Entschuldigung „Es ist kein Geld in der Kasse“ schon lange nicht mehr. Das Geld ist da – und könnte sofort eingesetzt werden. Für bessere Schulen, für besseren Sport, für Gesundheit, Pflege, Bildung und Wohnungsbau (siehe rechte Seite).

Doch die rot-grüne Koalition spart unverdrossen weiter. Sie ist der Ideologie vom „schlanken Staat“ verfallen, von einem Staat, der möglichst wenig ausgibt – auch wenig für Sinnvolles. Ausdruck für diese Ideologie ist die so



BEISPIEL INFRASTRUKTUR: Verkehrswege werden brüchig, weil die Stadt zu wenig Geld für ihre Erhaltung einsetzt. Darauf weist der Landesrechnungshof regelmäßig hin

ja. Denn Haushaltsplus, das bedeutet: Keine neuen Schulden und damit weniger Zinsen. Das ist erst einmal gut. Was uns aber verschwiegen wird: Die schönen Zahlen sind nicht nur der guten Konjunktur und der günstigen Zinsen zu verdanken. Sie wurden auch sehr, sehr teuer erkaufte. In erster Linie im sozialen und kulturellen Bereich, aber längst nicht nur dort.

Wer wissen will, warum Hamburg Gewinn macht, sollte zum Beispiel mal versuchen, einen neuen Reisepass zu beantragen. Die Wartezeiten in manchen „Kundenzentren“ betragen aktuell eher Monate als Wochen. Wer Pech hat, schafft es nicht mehr rechtzeitig vor dem Urlaub. Warum? Weil die Stadt seit Jahren spart, spart, spart – vor allem am Personal. Ohne Personal aber gibt es keine Termine auf dem Amt – und eben auch keine neuen Ausweise. So erwirtschaftet der Senator sein Haushaltsplus.

Norbert Hackbusch, haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, macht diese Entwicklung Sorge. „Wir haben es hier mit Auflösungser-

Betroffen von den Sparmaßnahmen? Die Linksfraktion Hamburg hat eine E-Mail-Adresse eingerichtet, über die jede Initiative oder auch einzeln Betroffene sie erreichen können:

haushalt2017.2018@linksfraktion-hamburg.de

Unsere Abgeordneten werden jede Information überprüfen und schauen, was politisch getan werden kann, um soziale Errungenschaften zu verteidigen!



BEISPIEL KULTUR: Fernab der für den Tourismus wichtigen Event-Kultur lässt der Senat Stadtteil- und Off-Kultur links liegen

lich ausschließlich die strikte Deckelung der Ausgaben vor – die Einnahmenseite aber bleibt unverändert. Die Folge: Mit Verweis auf die Schuldenbremse wird seit Jahren in nahezu allen staatlichen Bereichen gekürzt, gespart, gestrichen.

Schuldenbremsen-Fans argumentieren gerne mit dem Bild von der „schwäbischen Hausfrau“. Auch die gebe ja nur aus, was sie zuvor eingenommen habe. Genau so müsse es der Staat halten, sagen sie. Aber würde eine schwäbische

Hausfrau ihren Kindern das Taschengeld streichen, sich nicht mehr satt essen und das Auto kaputt und unrepariert in der Garage stehen lassen, nur um überall prahlen zu können, wie viel Plus sie am Monatsende macht?

Dass Hamburg eben genau so wirtschaftet, zeigt alljährlich der Bericht des Landesrechnungshofs – der Behörde also, die kontrolliert, ob staatliche Gelder ordnungsgemäß eingesetzt werden. Dessen Urteil ist seit Jahren eindeutig: Hamburg spart nicht nur an den falschen Stellen, Hamburg spart sich an manchen Stellen

wegen und Gebäuden werden in einer Weise unterlassen, die den Wert des städtischen Besitzes insgesamt gefährdet. „Die Einhaltung der Schuldenbremse darf nicht durch das Herunterfahren der Investitionen erkaufte werden“, sagt der Rechnungshof. Doch der Senat wird auch an Brücken, Schienen und Wasserwegen weiter sparen – so steht es im neuen Haushaltsplan-Entwurf.

Haushaltsplus in Hamburg? Über diese Nachricht kann sich nur freuen, wer nicht genauer hinschaut. Wir, die Fraktion DIE LINKE, werden auch weiterhin genauer hinschauen.

318 Millionen für die soziale Infrastruktur: -> Wo DIE LINKE investieren würde

SOFORTPROGRAMM FÜR HAMBURG

Dass plötzlich und unverhofft viel frisches Geld in die Kasse kommt, das passiert – im Großen wie im Kleinen – nicht so häufig. Die Stadt Hamburg aber durfte sich kürzlich über solch einen „warmen Regen“ freuen. Als Fachleute die zu erwartenden Steuereinnahmen neu berechneten, waren abzüglich notwendiger Mehrausgaben für die Unterbringung von Flüchtlingen auf einmal 318 Millionen Euro mehr Einnahmen da. Dass soziale und kulturelle Einrichtungen nach Jahren der Sparpolitik

dieses Geld dringend benötigen, daran gibt es keinen Zweifel. So dringend, dass die die Fraktion DIE LINKE ein Sofortprogramm erarbeitete, um die größten Probleme in diesem Bereich umgehend angehen zu können. Das Volumen des Sofortprogramms deckte sich nicht zufällig mit der Summe der Steuermehreinnahmen. Denn die 318 Millionen waren bisher nirgendwo anders eingeplant und würden deshalb auch nirgendwo anders fehlen. Dem Argument „Es ist kein Geld da“ entziehen sie den Boden – und Rot/Grün kann sich diesmal nicht herausreden.

- 2.000 zusätzliche Sozialwohnungen: 250 Millionen Euro
- Beratungsbesuche bei Neugeborenen: 800.000 Euro
- Lebenswerte Stadtteile: 11,28 Millionen Euro
- Erfolgreiche Inklusion an Hamburgs Schulen: 6,7 Millionen Euro
- Verbesserung des schulischen Ganztags: 3,92 Millionen Euro
- 240 Vollzeitstellen für Hamburgs Kitas: 6 Millionen Euro
- Sicherung sozialer Einrichtungen: 25 Millionen Euro
- 800 Stellen für Langzeitarbeitslose: 13 Millionen Euro
- Sport für Hamburgs Kinder: 300.000 Euro
- Deutschkurse für Kinder und Jugendliche: 1 Millionen Euro



WOHNEN BEZAHLBAR MACHEN – SOZIALBINDUNGEN ERHALTEN

Mit einer neuen Kampagne will DIE LINKE Druck machen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dazu soll es Aktionen insbesondere in den Vierteln geben, in denen es (noch) viel Sozialen Wohnungsbau gibt. Ein Interview mit Heike Sudmann (Bild unten rechts), wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft



Backbord: Der Senat hat angekündigt, künftig in jedem Jahr 10.000 neue Wohnungen bauen zu lassen. Das ist sogar mehr, als DIE LINKE bislang gefordert hat.

Sudmann: Über den Anstieg des Wohnungsbaus freuen wir uns sehr. Für unsere Forderung nach mehr Wohnungsbau sind wir immer wieder als unrealistisch gescholten worden – teilweise übrigens von den gleichen Leuten, die sich jetzt für die hohen Neubau-Zahlen feiern lassen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass wir Recht hatten: Es ist möglich, viele neue Wohnungen zu bauen. Man muss eben nur wollen.

Backbord: Ziel erreicht also, wozu noch eine Kampagne?

Sudmann: Unser Ziel ist leider nur teilweise erreicht. Denn ein genauerer Blick zeigt, dass zwar die Zahl der Wohnungen stimmt, aber nicht die Art der Wohnungen. Es werden viel zu viele teure Wohnungen gebaut. Denn für immer mehr Menschen ist nach Abzug der Miete zu wenig Geld für das normale Leben übrig.

Backbord: Der Senat spricht beim Wohnungsbau von einem "Drittmix" – ein Drittel Eigentum, ein Drittel Miete, ein Drittel Sozialwohnungen. Was ist daran falsch?

Sudmann: Der Drittmix hat nichts mit der Realität zu tun. Allein der Anteil der Sozialwohnungen müsste höher sein. Mehr als die Hälfte der Hamburger Haushalte könnte eine öffentlich geförderte Wohnung beanspruchen. Sozial gebaut werden soll aber nur ein Drittel – wenn überhaupt! Wir haben mal nachgerechnet: Selbst das versprochene Drittel wurde in den letzten Jahren nie erreicht, der Anteil der

Sozialwohnungen an den neu gebauten Wohnungen lag mitunter deutlich unter 30 Prozent. Der Senat schönt also seine Zahlen.

Backbord: Aber ist es nicht so, dass die vielen neuen Wohnungen den Markt entlasten, sich dadurch günstig auf die Mietpreise auswirken und dadurch alle profitieren?

Sudmann: Das wäre so, wenn die neu geschaffenen Wohnungen wirklich preisgünstig wären. Umgekehrt ist es leider richtig: Mehr als 70 Prozent der neu gebauten Wohnungen kommen auf den freien Markt, sind also teuer. Das Bauprogramm des Senats wird auf diese Weise dazu beitragen, dass alle Mieten am Ende noch weiter steigen.

Backbord: So einfach geht das doch gar nicht mehr. Schließlich gibt es doch jetzt die Mietpreisbremse.

Sudmann: Die Mietpreisbremse gilt überhaupt nicht für Neubauten. Und bei den anderen Wohnungen wird sie oft umgangen. Der Mieterverein zu Hamburg geht davon aus, dass sie bei etwa 40 Prozent der Weitervermietungen gar nicht beachtet wird und dass dadurch den Hamburger Mieter_innen ein Schaden von etwa 20 Millionen Euro entsteht. In der Bürgerschaft haben wir beantragt, die Mietpreisbremse zu verbessern, um sie endlich wirksam zu machen. Doch Rot-Grün hat das abgelehnt, will erstmal eine Auswertung Ende 2017 abwarten.

Backbord: Nochmal zurück zum Wohnungsbau. Selbst die CDU, bisher nicht als Vorkämpferin für den sozialen Wohnungsbau aufgefallen, will jetzt sogar 7.000 Wohnungen jährlich öffentlich fördern.

Sudmann: Der CDU geht es dabei nicht um die Menschen mit wenig Einkommen. Sie versucht wieder einmal mit öffentlichen Geldern Wohnungen für Menschen mit erheblich mehr Einkommen zu bauen, die sich teurere Miet- und auch Eigentumswohnungen leisten können. Für uns LINKE gibt es nur einen Weg, aus dem Mietenwahnsinn herauszukommen. Die Stadt muss mehr selbst bauen und verwalten, Wohnungsunternehmen müssen zu einer neuen Gemeinnützigkeit verpflichtet werden, nach dem Motto "Keine Rendite mit der Miete". Ein wichtiger Schritt in Hamburg wäre die zigtausend Wohnungen der SAGA, die jährlich aus der Sozialbindung fallen, weiterhin zu den Sozialkonditionen zu vermieten. Dafür werden wir mit unserer Kampagne streiten.



IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion-hamburg.de
Web: www.linksfraktion-hamburg.de
Twitter: twitter.com/linksfraktionhh
Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg
Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (Seite 2: Editorial, Helene-Lange-Gymnasium, Seite 6: Kundenzentrum, Seite 7: Investitionsprogramm, Seite 8: Wohnungsbau, Porträt Heike Sudmann) | Die Linke (Seite 2: Geschwister-Scholl-Schule) | Initiative Guter Ganzttag (Seite 4: Anmeldung der Volksinitiative) | hamburg.de (Seite 7: Stadtteilkultur) | Christoph Braun/CC0-1.0 (Seite 4: Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft) | Christian Schnettelker/www.manofaste.de/CC-BY-SA 3.0 (Seite 6: Schlagloch) | Maureen Schwalke (Seite 3: KIDS Demo) | Stille Landschaften (Seite 6: Flüchtlingsunterkunft)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft